



PI-NEWS-INTERVIEW MIT DEM AFD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

HANSJÖRG MÜLLER

Neue Partei „Widerstand2020“ – hat die AfD die Zeichen der Zeit nicht erkannt?

Von JÖRG HALLER | Die außerparlamentarische Bewegung der Verteidiger der Grundrechte und des Grundgesetzes nimmt in ungeahnter Größe Fahrt auf. Parallel zu bundesweiten Protesten hat die neue Partei-Gründungsinitiative „Widerstand2020“ bereits ab der ersten Woche bisher über 22.000 Mitglieds-Anträge von Bürgern aus allen politischen Lagern erhalten.

Unter anderem nach Anregung von Dr. Bodo Schiffmann, benannt aus seinen bekannten Corona-Videos, formieren sich unter dem Motto „Corona-Diktatur – nein danke!“ infolge der „Pandemie“-Maßnahmen der Bundesregierung der „Widerstand2020“ sowie begleitende Proteste, die auf der Internetseite nichtohneuns.de gesammelt werden.

Die Proteste richten sich unter anderem gegen einen unverhältnismäßigen Shutdown der kompletten Wirtschaft und ihre unabsehbaren Folgen für die ganze Gesellschaft, gegen die die massiven Einschränkungen der Freiheits- und Meinungsrechte

der Bevölkerung – und einige Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung von neuen Verordnungen.

Abgelehnt werden die beratende Federführung von Virus-Forscher Christian Drosten, dem Robert Koch-Institut (RKI), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die repressiven Maßnahmen, die insbesondere von Angela Merkel, Jens Spahn und Markus Söder ausgehen. Die Forderung wird laut, auch andersdenkende Experten aus den medizinischen und wissenschaftlichen Bereichen der Virologie, der Epidemiologie, der Statistik, der Ärzteschaft und eine breite Vertreterschaft der kritischen Zivilgesellschaft in die Entscheidungsfindungen mit aufzunehmen. Ebenfalls wird gegen eine möglicherweise kommende Impfpflicht protestiert, wie sie Bill Gates und die WHO allen Menschen verordnen wollen.

Über die neuen Entwicklungen sprach PI-NEWS mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Hansjörg Müller.

PI-NEWS: Herr Müller, der Widerstand gegen die restriktiven Corona-Maßnahmen nimmt in diesen Tagen neue Gestalt an. Es hat sich eine Partei-Gruppierung namens „Widerstand2020“ gegründet. Wie bewerten Sie diese neue Bewegung?

Hansjörg Müller: Über den Widerstand 2020 weiß ich das, was die neue Bürgerbewegung auf ihrer Webseite verbreitet. An erster Stelle stehen die Freiheitsrechte, was eine völlig richtige Gewichtung ist, weil die Freiheitsrechte durch die aktuelle Einführung der „Diktatur durch die Hintertür“ – getarnt als Corona-Gegenmaßnahmen – am stärksten bedroht sind. Desweiteren sollen sich alle Mitglieder beim Widerstand 2020 basisdemokratisch organisieren können, was ebenfalls meine volle Zustimmung findet, weil wir mit innerparteilichen Mitstreitern die gleiche Idee auch in der AfD durchsetzen möchten – über den bevorstehenden Mitgliederentscheid zu einem Mitgliederparteitag. Eine weitergehende, ideologische Ausrichtung des Widerstands2020 wird sich im Laufe der Zeit zeigen.

Hat die AfD die Zeichen der Zeit nicht schnell genug erkannt, indem sie zunächst die Regierung und die Ermächtigung der Regierung zu weitreichenden Maßnahmen unterstützte? Brauchen wir da nicht mehr Opposition statt Regierungskonformität?

Innerhalb der AfD rede ich mir seit Jahren die Lippen wund, dass parlamentarische Aktivitäten allein zu wenig sind. Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir von der Gesellschaft als die kompetenteren Problemlöser wahrgenommen werden. Dazu müssen wir aus dem parlamentarischen Elfenbeinturm herauskommen und auf allen Feldern spielen, die beispielbar sind. Das ist vor allem die Straße, über die auch die eher unpolitische Mittelschicht ansprechbar ist, die eigentlich von Politik nichts wissen will. Jetzt aber zunehmend schon, weil man ihr durch die Corona-Hysterie die Arbeitsplätze und ihre Zukunft stiehlt. Selbstverständlich haben die AfD-Entscheider diese Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt und es gäbe die Neugründung Widerstand2020 gar nicht, wenn wir als AfD diese Stimmung in der Bevölkerung rechtzeitig aufgenommen und zum Ausdruck gebracht hätten.

Wie ist die offizielle Haltung der AfD zu den Themen Shutdown, Schulen, möglichen Zwangsimpfungen? Und was ist Ihnen persönlich wichtig?

Wir wollen den wirtschaftlichen Shutdown sofort beenden und zu einem normalen Leben mit normalen Öffnungszeiten und ohne Einschränkungen zurückkehren, was ich wohl als erster Bundestagsabgeordneter am 27. März 2020 in einem PI-NEWS-Interview forderte. Wir wollen auch die Schulen sofort wieder öffnen und lehnen Zwangsimpfungen gegen Corona ab. Meines Wissens wollen die Widerstand 2020-Leute das gleiche, warum sollen wir nicht getrennt marschieren und vereint schlagen? Perspektivisch sehe ich die neue Bürgerbewegung als einen möglichen außerparlamentarischen Verbündeten der AfD, der wiederum uns braucht, weil Widerstand2020 in der nächsten Zeit nicht die hohen Hürden überspringen kann, um in die Parlamente

einziehen zu können.

Wenn es unterschiedliche Haltungen innerhalb der AfD dazu gibt, wie geht es dann weiter? Welche Meinungsführung setzt sich durch?

Zu diesen Themen ist die Parteilinie ziemlich eindeutig und entspricht unserem Grundsatzprogramm. Gerade Zwangsimpfungen und Ausgangssperren gehen gar nicht, weil Bürgerrechte das höchste Gut sind. Und wenn man weiter nachforscht, stellt man fest, dass zum Beispiel hinter den geplanten Anti-Corona-Impfungen millionenschwere Lobbyinteressen stehen, deren medizinischer Gehalt fragwürdig ist, aber die wunderbar zweckentfremdet werden können, um die oben genannte Diktatur durch die Hintertüre weiter voranzutreiben. Auch hier wieder sehe ich das gleiche Ziel von AfD und Widerstand2020. Weil unsere Partei im siebten Jahr ihrer Existenz behäbig geworden ist, kommt diese Neugründung wohl gerade zum richtigen Zeitpunkt, um der AfD wieder Dynamik einzuhauchen und sie vor allem daran zu erinnern, dass sie dazu da ist, die Nöte der Bürger zu erkennen und zu artikulieren – und zwar schnell. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Konzeptionen, die sich gut ergänzen, sehe ich die parlamentarische Partei AfD und die außerparlamentarische Bürgerbewegung Widerstand2020 eher als Verbündete denn als Konkurrenten!

Vielen Dank für Ihre Stellungnahme, Herr Müller.

Ich habe zu danken, Herr Haller.

Ergänzung des AfD-Abgeordneten Hansjörg Müller vom 2. Mai, 14 Uhr: „Ich bezog mich im PI-NEWS-Interview vom 27. April zum Ausloten möglicher Schnittmengen zwischen AfD und Widerstand2020 auf diejenigen Informationen, die damals bekannt waren, d.h. auf die Corona-kritischen Aussagen auf der Webseite des Widerstands2020. Nach Dr. Schiffmanns Video-

Statement vom 30. April hat er einen großen Teil dieses Kredits verspielt, in dem er die völlig realitätsfernen Ideologien des Mainstreams bezüglich Migration und Islam unreflektiert verteidigt.“



Ausnahmegenehmigung für Hamburger „Flüchtlingsdemo“

Von MANFRED ROUHS | Während bundesweit politische Versammlungen verboten sind und – wie zuletzt in Berlin – polizeilich aufgelöst werden, falls sie nicht genehm sind, gelten für Migrationsbefürworter Sonderrechte. So darf die Hamburger „Seebrücke“ am Sonntag im Stadtteil St. Pauli eine öffentliche „Mahnwache“ mit Versammlungscharakter für die Aufnahme von asylbegehrenden Menschen von den ägäischen Inseln durchführen. Genehmigt wurden gleich 20 (!) Standorte zwischen Fischmarkt und Strand Pauli mit jeweils bis zu 25 Versammlungsteilnehmern. (Quelle)

Der Veranstalter Christoph Kleine will mit der Versammlungsserie Einfluss nehmen auf die rot-grünen Koalitionsverhandlungen in der Hansestadt: „Die Seebrücke fordert vom neuen rot-grünen Senat ein Landesaufnahmeprogramm für mindestens 1000 Menschen aus Moria oder den anderen Lagern – und zwar unabhängig von Alter oder Geschlecht.“ Hamburg habe genug Raum und Ressourcen für die Aufnahme weiterer

„Flüchtlinge“: „Es muss Schluss damit sein, sich hinter der Untätigkeit von Horst Seehofer zu verstecken.“

Die Demonstration richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Coronaregeln der Regierung: „Im Gegenteil: Wir wollen, dass alle Menschen in Umständen leben, in denen sie Abstand halten und die Hygieneregeln befolgen können.“

Tatsächlich haben die Migrationsbefürworter keinen Grund, mit den bestehenden Einschränkungen unzufrieden zu sein, solange sie nur alle anderen Teilnehmer des politischen Wettbewerbes betreffen, nicht aber jene Gut- und Bessermenschen, die für Inhalte demonstrieren, die der politischen Klasse und den Entscheidern im massenmedialen Betrieb ein Wohlgefallen sind.

Die Hamburger Verwaltungspraxis gibt dem konservativen Juristen Carl Schmitt recht, der einmal treffend bemerkt hat: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“ Der muss dann nur noch Ausnahmen vom Ausnahmezustand schaffen, und schon herrscht Willkür, wie schon Carl Schmitt wusste:

„Der Ausnahmefall offenbart das Wesen der staatlichen Autorität am klarsten (...) die Autorität beweist, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht. (...) Die Ausnahme ist interessanter als der Normalfall. Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles; sie bestätigt nicht nur die Regel, die Regel lebt überhaupt nur von der Ausnahme.“ („Politische Theologie“, erschienen 1922)

1949 notierte Carl Schmitt vorausschauend in seinem Tagebuch: „Bei der Lektüre des Bonner Grundgesetzes überfällt mich die Heiterkeit eines allwissenden Greises.“ – Jetzt würde er wohl schmunzeln, wenn er von den Hamburger Ereignissen Kenntnis nehmen könnte ...



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Video: 3. Virtuelle Pegida

Obwohl Pegida letzten Montag in einer vermeintlich konstruktiven Zusammenarbeit mit einem enormen Aufwand alle Auflagen der letzten Versammlung „80 für 80 Millionen“ erfüllt hat, wurde das Orga-Team in dieser eingeschränkten Versammlungsfreiheit 70 Minuten vor Versammlungsbeginn nochmal bezüglich unserer grundgesetzlich verbrieften Rechte beschnitten. Nur 15 Teilnehmer waren erlaubt.

Dank der Beherrschung der Situation durch das Ordnerteam und der Redner wurden Tumulte am Neumarkt verhindert, die vielleicht dort erwartet worden waren.

250 Polizisten sollten 15 Demonstranten schützen, die noch dazu im eingezäunten Bereich standen? Nein, 250 Polizisten sollten Tumulte gegen die berechnete Forderung der Einhaltung des Grundgesetzes verhindern, auf das die Beamten vereidigt

wurden.

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Das Grundgesetz steht im Rang über allen anderen deutschen Rechtsnormen. Die Pegida-Organisatoren haben trotzdem bewusst „Deeskalation“ betrieben, indem sie zu keinerlei Aufforderungen gegen die Willkür der Staatsgewalt aufgerufen haben. Ganz nach dem Geist von Pegida und zwar von Anfang an: friedlich und gewaltfrei.

Am heutigen Montag, den 27.04.2020, ist keine Pegida-Veranstaltung in Dresden angemeldet. Dafür die 3. Virtuelle Pegida mit Jürgen Elsässer (COMPACT MAGAZIN), Jens Maier (AfD-MdB), Siggi Däbritz und Lutz Bachmann. Ab 18:30 Uhr gehts los!

GEMEINSAM FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT
3. VIRTUELLER DRESDNER ABENDSPAZIERGANG
27.04.2020 • 18:30 UHR • AUF YOUTUBE
DRESDEN ZEIGT WIE'S GEHT!
DEN LINK FINDET IHR IN DER BILDBESCHREIBUNG!

WWW.PEGIDA.DE

PATRIOTISCHE
EUROPAER
GEGEN
PEGIDA
ISLAMISIERUNG
DES
HEIMLÄNDLES

The poster features a black silhouette of a person standing next to a trash bin. The bin contains a smartphone with a social media icon, a red flag with a white star, and a black swastika. The background is a stylized German flag with horizontal stripes of black, red, and gold.



München: Islamkritiker von Moslem geschlagen, angespuckt und beleidigt

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Sonntag Nachmittag saß ich bei strahlendem Sonnenschein auf einer Parkbank in München und spielte mit einer Freundin Karten, als mich kurz nach 17 Uhr ein Mann mit Migrationshintergrund und einem Vollbart fragte „Sind Sie der Herr Stürzenberger?“. Da ich mich niemals verstecke und auch ein sehr wahrheitsliebender Mensch bin, antwortet ich mit „Ja“. Anschließend brach ein Tornado von Beleidigungen und körperlichen Attacken über mich herein, was ich selbst bei über 400 Kundgebungen in dieser Form noch nicht erlebt habe.

Der Moslem rief zu seiner blonden offensichtlich deutschen Frau/Freundin, die am Brunnen des Platzes in zehn Metern Entfernung mit einem etwa zweijährigen Kind stand, das wohl auch von ihm sein dürfte: „Stell Dir vor, wer hier ist“. Dann begann er auf dem gut belebten Platz, auf dem sich bestimmt dreißig Menschen befanden, das Schreien: „Du Hurensohn. Du Bastard. Du Wichser. Was machst Du jetzt ohne Polizeischutz, hm? Da hast Du keine große Klappe. Hau ab hier, Scheiß Islamhetzer, das ist unser Viertel“.

Ich antwortete „Ist das Ihr Ernst?“. Ich zog mein Handy aus der Tasche, um das Geschehen zu dokumentieren. Meine Freundin sagte „Beruhigen Sie sich doch“. Aber der völlig aufgebrachte

Moslem ging auf mich zu und schlug mir das Handy aus der Hand. Anschließend spuckte er mich an und schlug mir mit der flachen Hand ins Gesicht, so dass meine Brille einige Meter wegflog. Ich sprang auf und schob ihn von mir weg. Ein Mann, der auf der gegenüberliegenden Parkbank gesessen hatte, ging dazwischen.

Ich suchte mein Handy, das auf den Pflastersteinen unter der Parkbank lag. Das Display hatte Risse im oberen Bereich, wie ich später feststellte. Ich wählte die Notrufnummer 110. Die Beamtin am anderen Ende der Leitung sagte mir, dass das Geschehen bereits von jemand anders gemeldet worden sei und eine Streife unterwegs wäre. Meine Freundin und ich suchten anschließend meine Brille, die zunächst nicht aufzufinden war.

Kurz darauf tauchten am gegenüberliegenden Ende des Platzes zwei Polizeifahrzeuge auf, aus denen fünf Beamte ausstiegen. Ich war noch im Gebüsch hinter der Parkbank am Suchen meiner Brille, als der Moslem zu zwei Polizisten ging und ihnen irgendetwas erzählte. Ich unterbrach mein Suchen und ging zügigen Schrittes auf die Beamten zu, da ich mir dachte, dass sie möglicherweise eine komplett andere Version des Geschehens zu hören bekamen. Ich rief „Ich stelle Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung. Nehmen Sie bitte die Personalien dieses Mannes auf“ und zeigte auf den bärtigen Moslem.



Aber es war noch nicht vorbei mit der von mir als Drangsalierung empfundenen Behandlung. Eine Polizistin kam mit einem Alkoholmessgerät und nahm allen Ernstes einen Test bei mir ab, der selbstverständlich nullkommanull ergab.

Unterdessen kam meine Freundin, die meine Brille gefunden hatte, die tief ins Gebüsch geflogen war. Die Polizistin wollte nochmals wissen, ob ich einen Strafantrag stellen möchte, was ich natürlich bejahte. Ich gab ihr das Geschehene mit der Fülle an wüsten Beschimpfungen zu Protokoll und sie fragte mich tatsächlich, ob ich mich beleidigt fühle. Die Zeugenaussage meiner Freundin wollte sie nicht aufnehmen. Als ich nachfragte, warum denn nicht, schließlich sei das Geschehen jetzt noch frisch in Erinnerung, meinte sie, das sei jetzt nicht notwendig, sie solle ein Gedächtnisprotokoll anfertigen.

Schließlich machte ein Polizist noch Fotos von mir, um zu dokumentieren, dass „noch alles dran“ sei, wie er süffisant bemerkte. Dann rückten die Beamten ab, ohne den Moslem mit auf die Wache zu nehmen oder ihm zumindest einen Platzverweis zu

geben. Sie ließen mich mit dem wohl türkischstämmigen Schläger, Spucker und Beleidiger auf dem Platz zurück. Während ich mich mit einem Zeugen unterhielt, der den kompletten Ablauf aus nächster Nähe gesehen hatte und auch aussagen will, stellte sich der Moslem in zehn Metern Entfernung wieder bedrohlich auf und machte eine Geste, dass ich mitkommen solle. Dies ließ vermuten, dass er die Auseinandersetzung an einer anderen Stelle körperlich fortsetzen wollte. Als ich auf der Bank sitzenblieb, spuckte er drei Mal in meine Richtung aus, um seine Verachtung auszudrücken.



Ein mutmaßlich Türkischstämmiger, der einen Deutschen schlägt, anspuckt und heftig beleidigt, passt da nicht so ins erwünschte Gesamtbild. München ist seit 36 Jahren SPD-regiert, mehr muss man über die sich daraus entwickelten Strukturen nicht sagen.

Seit diesem Sonntag Nachmittag hat für mich eine neue Zeitrechnung begonnen.

Update 29.4.2020:: Mittlerweile ist der Vorfall im Polizeibericht vom 29. April sehr verfälschend aufgeführt: Erstens gab es keine „lautstarke verbale Auseinandersetzung“ zwischen mir und dem Moslem, sondern es war eine einseitige Beleidigungsorgie seinerseits. Zum zweiten habe ich mich gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten nicht „aggressiv präsentiert“, sondern lediglich aus einigen Metern Entfernung mit lauter Stimme das Stellen eines Strafantrages angekündigt.

602. Polizeieinsatz nach Streit – Haidhausen

Am Sonntag, 26.04.2020, gegen 17.05 Uhr, gerieten ein 44-Jähriger und ein 55-Jähriger (beide mit Wohnsitzen in München) am Weißenburger Platz in eine lautstarke verbale Auseinandersetzung. Bei dem 55-jährigen handelt es sich um einen im regionalen Kontext bekannten Aktivist, der sich privat dort aufhielt.

Die verständigte Polizei konnte die beiden Beteiligten an der Tatörtlichkeit antreffen und erhob die jeweiligen Personalien. Aufgrund der Tatsache, dass sich der 55-Jährige gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten bei der Anzeigenaufnahme hoch emotional und augenscheinlich aggressiv präsentierte, mussten ihm zeitweise Handfesseln angelegt werden.

Nachdem sich der 55-jährige zusehends beruhigte, wurden ihm die Handfesseln wieder abgenommen.

Nach den ersten vorläufigen Erkenntnissen der Polizei kam es im Verlauf der verbalen Auseinandersetzung zu einer Beleidigung (verbal und anspucken) und einer Körperverletzung (Schlag ins Gesicht) zum Nachteil des 55-Jährigen.

Das Kriminalfachdezernat 4 (Staatsschutz) hat die weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungen aufgenommen. Bei einem der Beteiligten liegen Erkenntnisse bzgl. einer staatsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit vor. Dies ist auch Gegenstand der Ermittlungen.

Der Publizist Michael Klonovsky hat in seiner „Acta diurna“ in den Meldungen vom 29. April auch auf den Vorfall verwiesen und süffisant bemerkt, dass dem Begriff „Scharia-Polizei“ in München eine völlig neue Bedeutung zukäme..



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung

hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.



BILD-Chef Reichelt: Schluss mit Starrsinn in der Corona-Politik!

Die harten Corona-Maßnahmen der Bundesregierung stoßen nicht nur in der Bevölkerung auf immer größeren Widerstand (wir berichteten von den Demos in Berlin, Stuttgart und Chemnitz), sondern nun erstmals auch in den sogenannten Mainstream-Medien. BILD-Chef Julian Reichelt übt heute in einem lesenswerten Kommentar harsche Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem wir uns weitgehend anschließen können. Auszüge:

In der Corona-Krise sind nur zwei Dinge sicher:

Erstens, ob die Maßnahmen richtig oder falsch, maßvoll oder überzogen sind, werden wir erst aus den Geschichtsbüchern erfahren. Ob wir auf Corona als Gesundheitskatastrophe oder Zusammenbruch unserer Wirtschaft zurückblicken werden, ist vollkommen offen. Es ist möglich, aber keinesfalls gewiss, dass richtig ist, was gewaltige Mehrheiten für richtig halten. Es gibt keine Herdenimmunität dagegen, historisch katastrophal

falsch zu liegen.

Zweitens, nahezu alle Experten, denen wir uns in dieser Krise anvertrauen (müssen), lagen mit nahezu jeder Einschätzung so falsch, dass unser Glauben an sie sich nur noch mit Verzweiflung erklären lässt.

Sie haben das Tragen von Masken nahezu verhöhnt. Nun ist es Pflicht. Sie haben davor gewarnt, Schulen und Kitas zu schließen. Nun sind Millionen Kinder seit Wochen zu Hause. Sie haben als nutzlos abgetan, die Grenzen abzuriegeln. Nun kommt niemand mehr ins Land. Sie haben trotz aller Maßnahmen immer wieder vor dem unmittelbar bevorstehenden Kollaps unseres Gesundheitssystems gewarnt. Nun herrschen auf Krankenhausfluren gespenstische Ruhe und Angst vor Arbeitslosigkeit.

Das Robert-Koch-Institut riet davon ab, Corona-Tote zu obduzieren. Nun geschieht es trotzdem und Rechtsmediziner sagen, dass bei Weitem nicht alle Toten tatsächlich an Corona gestorben seien. Sportanlagen mussten geschlossen werden. Nun ist Tennis in manchen Bundesländern verboten, in anderen erlaubt, obwohl es doch eigentlich lebensgefährlich ist.

Was mir am meisten Sorgen bereitet: Unsere Wirtschaft ist schon jetzt so massiv und teilweise irreparabel geschädigt, dass unsere Regierung sich kaum noch erlauben kann, zuzugeben, in ihrer Schärfe überzogen zu haben.

Die Experten müssen Recht behalten, weil sie nicht falsch liegen dürfen. Die deutsche Wirtschaft vorschnell ruiniert zu haben, wäre für keine Partei, vielleicht nicht einmal für die Demokratie überlebbar. Deswegen erleben wir zunehmend Sturheit, Starrsinn und Rechthaberei – „erinnert mich an Flüchtlingskrise“, sagt mir ein Mitglied aus Merkels Regierung.

Die Kanzlerin bezichtigt jeden Zweifler der „Öffnungsdiskussionsorgie“, raunt davon, manche würden zu

forsch handeln, ohne zu sagen, was sie genau meint. Der CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus macht sich in heiterer und hochrangiger Weinrunde über den Abweichler Armin Laschet lustig und alle lachen.

Ist es in unserem Land eine gute Idee, sich in schwierigen Zeiten über Andersdenkende lustig zu machen und zu erheben?

Hier gehts zum vollständigen BILD-Artikel. Was meinen unsere Leser: Schwenkt der Mainstream langsam um oder ist es nur ein Blitzableiterartikel, um etwas Druck aus dem Kessel zu nehmen?



Die linke Sehnsucht nach der Rückkehr des Studiopublikums

Von RAMIN PEYMANI | Jahrelang hatte ich mir im deutschen Fernsehen keine Polittalks mehr angetan. Ich merkte, dass sie meiner Gesundheit abträglich waren. Die Sorge um Blutdruck und Herz-Kreislauf-System überstieg meine Neugier bei weitem. Zudem waren sowohl Zusammensetzung als auch Diskussionsverlauf von einer Vorhersehbarkeit, die es als pure Zeitverschwendung erscheinen ließen, den immer nach demselben „Drehbuch“ ablaufenden „4-gegen-1-Spielchen“ beizuwohnen, bei denen ein parteiisches Studiopublikum mit chirurgischer Präzision immer an jenen Stellen klatschte, die die Narrative des politischen Mainstreams bedienten.

Her mit der Vermögenssteuer – APPLAUS! Mehr Fahrverbote fürs Klima – APPLAUS! Warnung vor der rechtsextremen Machtergreifung – APPLAUS! Wenn links-grüne Sprechautomaten zur Höchstform aufliefen, steigerte sich der Saal zuweilen in einen Rausch. Eine Mainstream-Klatschorgie sozusagen, also eine von den Orgien, die der Kanzlerin genehm sind. Seit einigen Wochen ist manches anders. Und ich ertappe mich dabei, dass ich ab und zu wieder Talkshows schaue.

Kurz vor Ostern fiel mir gar eine Lanz-Sendung auf, in der die Gäste ausreden durften. Ich kann mich nicht daran erinnern, dies jemals zuvor erlebt zu haben. Verstehen Sie mich nicht falsch, es ist immer noch so, dass die Zusammensetzung der Talkrunden unausgewogen ist. Und immer noch fahren die Moderatoren Andersdenkenden möglichst oft in die Parade, während sie dem Kollektiv der links-grünen Kombattanten breiten Raum zur eigenen Entfaltung geben. Und doch ist der Effekt nicht mehr derselbe. Es fehlt das Studiopublikum.

Mit geringem Aufwand, etwa per koordinierter Kartenbestellung, lassen sich ausgewählte Besucher zu bestimmten Themen in den Sendungen platzieren

Der unfreiwillige und für die Sender schmerzliche Verzicht auf die Klatschhasen tut der Sache gut. Plötzlich bekommen Linkspopulisten kein direktes Studiofeedback mehr, auf einmal wird der Verlauf der Diskussion nicht mehr von Claqueuren bestimmt. Anfang des Jahres legte das Internetportal reitschuster.de das professionelle „Generieren von Wunschpublikum“ nach „zielgruppenspezifischen Merkmalen“ offen. Was von Produktionsfirmen im Branchenjargon mit „Outbound-Marketing“ und „Hostessenkoordination“ vernebelt wird, ist nichts weiter als *„die Möglichkeit innerhalb kurzer Zeit Ihr Wunschpublikum aus unserer Datenbank (über 130.000 Kunden) zu generieren“* sowie das Versprechen, dass die handverlesenen Unterstützer *„in minutiöser Abstimmung mit Ihrer Set-Aufnahmeleitung ins Studio begleitet und nach Ihren Prämissen platziert“* werden.

Aber natürlich geht es auch mit erheblich geringerem Aufwand, etwa per koordinierter Kartenbestellung für ausgewählte Besucher, die man zu bestimmten Themen gerne in der Sendung wüsste. Legendär ist der aufgeflogene Pressesprecher, mit dem sich der damals noch als Bundesjustizminister dilettierende Heiko Maas vor einigen Jahren in einer Anne-Will-Sendung blamierte. Im Tollhaus der Berufspolitik ist er damit allerdings beileibe kein Einzelfall. All diese Mätzchen fallen nun weg, wenngleich die Abstinenz der Studiozuschauer nicht von Dauer sein dürfte. Sie werden die ersten sein, die insbesondere vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach entsprechenden Lockerungen wieder ins Studio geholt werden, weil sich der selbst verordnete Erziehungsauftrag ohne Claqueure viel schwerer umsetzen lässt.

Die heftige journalistische Gegenreaktion bestärkt eher ein Millionenheer von Zuschauern, denen die Vorklatscher schon seit langem ein Dorn im Auge sind

Unterdessen mehren sich die Stimmen, die das Fehlen des Studiopublikums begrüßen. So bekannte die Journalistin Hatice Akyün bei ntv, dass sie Talks ohne Publikum als „sehr angenehm“ empfinde. Gemeinsam mit Wolfgang Kubicki war sie bei „Timeline“ zu Gast. Kubicki pflichtete bei und setzte nach: „Das sind ja keine freien Leute, die einfach so kommen, sondern in der Regel Leute, die bestellt kommen.“

Groß war die Empörung des Moderators, der Kubicki unwirsch ins Wort fiel. Und auch die Speerspitze des Journalistenkollektivs tobte, weil es jemand gewagt hatte, eine Binse zum Besten zu geben. Wütend stürzte sich das Redaktionsnetzwerk Deutschland auf den FDP-Politiker. Die RND-Kolchose, deren größte Kommanditistin die zu 100% in SPD-Besitz befindliche Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft ist, bestärkte damit allerdings eher ein Millionenheer von Zuschauern, denen die bestellten Vorklatscher schon lange ein Dorn im Auge sind.

Um die Reaktionen wissend, erklärte das Netzwerk die

Unterstützer der Kubicki-These noch an Ort und Stelle zu Rechtspopulisten. So würden sich vor allem „AfD-Politiker und deren Fans“ beschweren. Der Verweis auf „rechte Kreise“ offenbart die ganze argumentative Hilflosigkeit der SPD-Journalisten. Es ist das eingeübte Ritual, unliebsame Gegner als „Verschwörungstheoretiker“ aus dem gesellschaftlichen Diskurs zu verbannen.

Wo auch das nicht verfängt, werden Kritiker gerne schon mal in die Nähe von Reichsbürgern gerückt, drohende Bewaffnung inklusive. Doch für Moderatoren wie Berichterstatter gilt, dass sie umso entbehrlicher sind, je mehr sie sich zum Sprachrohr einer gewünschten Politik machen. Als Journalisten getarnte Regierungssprecher schaden der Demokratie. Das gilt nicht erst seit Corona.

(Im Original erschienen auf liberale-warte.de)

Corona-Diktatur und Impfzwang: Hier wächst der Widerstand

Der Burgfrieden ist vorbei: angesichts immer weiter verlängerter Einschränkungen der Grundrechte erheben immer mehr Deutsche ihre Stimme für die Demokratie. Und der Staat hat darauf zwei Antworten: Fäuste und Handschellen. In dieser Woche nahmen die Proteste dennoch Fahrt auf – und sind ein Thema für diese Ausgabe von „Die Woche Compact“. Die Themen im Einzelnen: Chemnitz gegen den Notstand – Wie die Sachsen um ihre Freiheit fürchten / Mysteriöse Zahlen – Wie verlässlich

ist die Reproduktionsquote / Impfen oder nicht Impfen? – Ein Kritiker im Gespräch / Unbegleitete Kinder? – Das kurze Gedächtnis der Bundesregierung.



Hätte 9/11 verhindert werden können? – Bill Clinton untersagte Tötung Bin Ladens

Von TORSTEN GROß | Am 11. September 2001 verübten islamische Extremisten mit Hilfe von Verkehrsflugzeugen Terroranschläge in den USA, denen unter anderem die Zwillingtürme des World Trade Centers in New York zum Opfer fielen. Knapp 3.000 Menschen wurden bei den Angriffen getötet, mehr als 6.000 verletzt, unzählige weitere traumatisiert. Verantwortlich für die Anschläge war das Terrornetzwerk al-Qaida, das seine Basis in Afghanistan hatte.

Für viele Historiker bedeutet 9/11 eine Zäsur. Denn die Ereignisse an jenem Tag waren Auslöser für den vom damaligen Präsidenten George W. Bush ausgerufenen »Krieg gegen den Terror«, der den bis heute andauernden Militäreinsatz des Westens in Afghanistan sowie den zweiten Irakkrieg im Jahre 2003 zur Folge hatte. Außerdem wurde die Macht der Exekutive in den Vereinigten Staaten massiv ausgeweitet, um weitere Anschläge auf dem Territorium der USA zu verhindern. Der

nationale Ausnahmezustand, den die Regierung 2001 verhängt hat, ist bis heute in Kraft.

Doch das alles hätte niemals geschehen müssen, denn der 11. September wäre zu verhindern gewesen. Das zumindest behaupten Alex Gansa und Howard Gordon in ihrem neuen Dokumentarfilm *The Longest War*. Die CIA hätte nämlich in den neunziger Jahren Gelegenheit gehabt, den Gründer und Anführer von al-Qaida zu töten, nachdem es mit Hilfe von Informanten gelungen war, seinen Standort in Afghanistan ausfindig zu machen.

Dass es dazu nicht kam, ist auf eine Anordnung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton zurückzuführen gewesen, der die Tötung Bin Ladens untersagte. Clinton selbst bestätigte den Sachverhalt 2001 in einem Gespräch mit Wirtschaftsvertretern in Australien. Diese Information ist allerdings nicht neu.

Ein entsprechender Tonmitschnitt wurde vom US-Fernsehsender Sky bereits 2014 veröffentlicht. Der Ex-Präsident damals wörtlich:

»Ich hatte ihn fast erwischt. Und ich hätte ihn töten können, aber dafür hätte eine kleine Stadt namens Kandahar in Afghanistan zerstören und 300 unschuldige Frauen und Kinder töten müssen, und dann wäre ich nicht besser gewesen als er. Und so habe ich es einfach nicht gemacht.«

Die Äußerungen Clintons fielen übrigens am 10. September 2001. Nur 10 Stunden später rasten zwei von al-Qaida-Terroristen gesteuerte Passagierflugzeuge in die Zwillingstürme des New Yorker World Trade Centers!



Was bislang nicht bekannt war: Die US-Geheimdienste hatten weitere Gelegenheiten, Osama bin Laden auszuschalten, ohne das Leben unbeteiligter Zivilisten zu gefährden. Das enthüllt *The Longest War*, in der u. a. Bob Grenier zu Wort kommt, ehemaliger Leiter der CIA-Niederlassung in Pakistans Hauptstadt Islamabad: »Bin Laden war ständig in Bewegung, und wir nutzten afghanische Stammesnetzwerke, um über seine Reisen und seinen Aufenthaltsort zu berichten.« Mit Hilfe dieser Kanäle konnten die

Geheimdienstler in Erfahrung bringen, wo der Terroristenführer zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einer Karawane unterwegs sein würde. Die Afghanen schlugen deshalb vor, die US-Armee solle auf dieser Route eine Landmine platzieren, um Bin Laden zu eliminieren.

Doch dazu kam es nicht. Denn Präsident Clinton hatte untersagt, Bin Laden zu töten. Hätten Angehörige der US-Sicherheitskräfte diesen Befehl missachtet, wären sie von der Justiz strafrechtlich belangt und mit Gefängnis bestraft worden. Die CIA durfte zwar an Angriffen auf Bin Laden in Afghanistan teilnehmen. Es war dem Geheimdienst aber verboten worden, den al-Qaida-Führer zu exekutieren. Das geschah erst sehr viel später, am 2. Mai 2011, in der Regierungszeit von US-Präsident Barack Obama.

»Es ist jetzt kaum zu glauben, aber in den späten 90er Jahren haben die meisten nationalen Sicherheitsbehörden in Washington – darunter Präsident Clinton, das Außenministerium und das Verteidigungsministerium – Osama bin Laden und al-Qaida schlichtweg nicht als ernsthafte Bedrohung angesehen. Die Handvoll US-Beamter, die die Bedrohung deutlich sahen – und es gab einige, meist Beamte auf mittlerer Ebene in der Bin Laden-

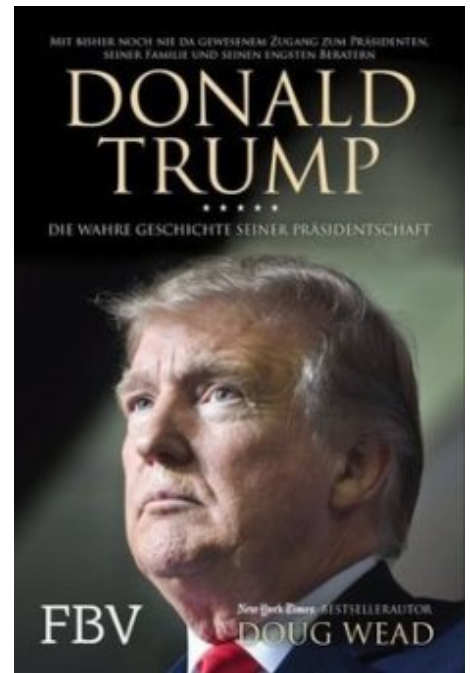
Einheit der CIA und in der Abteilung für Terrorismusbekämpfung beim FBI –, versuchten vergeblich, Alarmglocken auf höchster Ebene zu läuten. Sie wurden aber oft ignoriert und sogar verspottet«, so Greg Barker, Regisseur der Dokumentation.

Die Ignoranz der Clinton-Administration ist in der Tat kaum nachvollziehbar, um nicht zu sagen skandalös. Das 1988 gegründete Terrornetzwerk al-Qaida, das aus dem Partisanenkampf gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan hervorging, hatte bereits Anfang der neunziger Jahre die USA als neues Feindbild ins Visier genommen. Am 26. Februar 1993 wurde ein schwerer Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York verübt, bei dem sechs Menschen ums Leben kamen und etwa 1.000 verletzt wurden. Wären die voll besetzten Zwillingstürme – wie von den Terroristen geplant – schon damals eingestürzt, hätte es bis zu 100.000 Tote geben können. Nur wenige Monate später, am 24. Juni 1993, konnten weitere Attentate in New York unter anderem auf das UN-Hauptquartier und die George-Washington-Brücke von den Sicherheitsbehörden vereitelt werden. Zehn Männer wurden festgenommen. Es handelte es sich um Mitglieder der militanten ägyptischen Islamistenbewegung Gamaa Ilamija, die von al-Qaida finanziell unterstützt wurde.

Es folgten zahlreiche weitere Anschläge, die heute dem Terrornetzwerk al-Qaida zugerechnet werden, so auch die zeitgleich ausgeführten Bombenattentate auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 7. August 1998. In der Berichterstattung über diese Terrorakte tauchte in westlichen Medien erstmals der Name al-Qaida auf.

Die Öffentlichkeit erfuhr, dass der US-amerikanische Inlandsgeheimnis FBI durch einen Informanten Kenntnis von Ausbildungslagern einer international operierende Dschihadistenbewegung hatte, die sich al-Qaida nannte und deren Kopf der aus Saudi-Arabien stammende Geschäftsmann Osama Bin Laden war.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war den amerikanischen Sicherheitsbehörden die Person Bin Ladens und seine Rolle als führender islamistischer Terrorist bekannt, möglicherweise aber auch schon früher. Dennoch verhinderte Präsident Bill Clinton, der zwischen 1993 und 2001 regierte, dass Bin Laden durch den US-Geheimdienst ausgeschaltet wurde, obwohl – wie Insider in der jetzt veröffentlichten Doku bestätigen – mehrfach die Gelegenheit dazu bestand. »Bill Clinton hatte vor dem 11.



September nicht den Mut, das Notwendige zu tun. George Bush nahm die Bedrohung nicht ernst genug, als er ins Amt kam, und reagierte dann schwer über, als diese Bedrohung erkannte, und Obama tat nicht, was er während seines Wahlkampfes versprochen hatte – nämlich die Kriege zu beenden«, kritisiert Doku-Produzent Gansa.

Marty Martin, ein leitender Anti-Terror-Experte bei der CIA, ergänzt: »Und wenn Präsident Clinton Maßnahmen ergriffen und Osama bin Laden getötet hätte, hätte es keinen 11. September gegeben, und wenn es keinen 11. September gegeben hätte, hätte es kein Afghanistan gegeben, und wenn es kein Afghanistan gegeben hätte, hätte es keinen Irak gegeben. Wie würde die Welt dann heute aussehen?«

Bestellinformationen:

» Helmut Roewer: *Spygate*, 176 Seiten, 19,99 Euro – **hier** bestellen!

» Wead: *Trump – Die wahre Geschichte s. Präsidentschaft*, 24,99 Euro – **hier** bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen).



Corona-Verstöße: Infoblätter statt Bußgelder im Kasseler Migranten-Ghetto

Von EUGEN PRINZ | Eine der Hauptaufgaben der Polizei bestand in den letzten Wochen darin, jene Bundesbürger, die sich nicht an die „Corona-Regeln“ halten wollten, mit saftigen Bußgeldern zur Kasse zu bitten. Wer nicht hören wollte, musste fühlen. Dabei wurden auch schon mal Ruhe suchende Spaziergänger mit Lautsprecher-Durchsagen von Parkbänken verscheucht. Ab heute kommt noch die Maskenpflicht hinzu. Hier dürfte der Kontrollaufwand auch nicht geringer ausfallen. Ordnung muss schließlich sein.

Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe

Aber nicht überall, wie es scheint. In der Friedrich-Wöhler-Siedlung, einer Anlage mit etwa 500 Wohnungen in der Nordstadt von Kassel, leben Menschen aus 50 Nationen, hauptsächlich aus Bulgarien, der Türkei, Nordafrika und Somalia. Ein Migranten-Ghetto mit ein paar Restdeutschen also.

Wie der Berichterstattung der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) zu entnehmen ist, geht der im Zuge der Corona-Pandemie verordnete „Lockdown“ den Bewohnern der Friedrich-Wöhler-Siedlung am Allerwertesten vorbei. Dort

herrscht „Business as usual“. Die Hygiene- und Abstandsregeln werden nicht eingehalten und die Bewohner sitzen in Kleingruppen zusammen. Der Spielplatz war schon mehrfach abgesperrt worden, aber immer wieder wurde das Absperrband entfernt, damit die Kinder wieder fröhlich schaukeln können (Fotolink).

Im Artikel der HNA sucht man vergebens nach der Passage, in der darüber berichtet wird, dass die Polizei mit starken Kräften angerückt ist, Bußgelder verteilt und die geltende Rechtslage durchsetzt hat. Diese Vorgehensweise bleibt offenbar für jene vorbehalten, „die schon länger hier leben“, also für die dummen Deutschen.

Dass das kein Einzelfall ist, haben wir erst kürzlich in Berlin gesehen, als sich trotz Kontaktverbot 300 Moslems in Neukölln unsanktioniert versammeln konnten (PI-NEWS berichtete). Es ist offenbar nur eine Frage der Masse der Ungehorsamen, dass die Polizei die Waffen streckt. Und wie es scheint, treten diese Massen bevorzugt in Gegenden mit einem hohen Anteil an Migranten auf.

Erkenntnis: Mit Drohungen kommt man bei den Migranten nicht weiter

Zurück nach Kassel. Zuständig für die Friedrich-Wöhler-Siedlung ist Ingo Sprakel vom Quartiersmanagement Kassel-Nordstadt. Seine Erfahrungen mit den Menschen in dieser Wohnanlage erklären so manches, insbesondere warum die Polizei nicht mit Mannschaftswägen anrückt:

„Mit Drohungen kommt man hier nicht weiter“

Soso...

Deshalb entschied man sich wohl, eine gutmenschliche Aktion zur Aufklärung der uneinsichtigen Bewohner durchzuführen. Flugs wurde letzten Dienstagnachmittag in der Siedlung mittels

einer Bierzeltgarnitur ein Infostand aufgebaut.

Das Interesse der Bewohner war jedoch überschaubar, beklagt Sprakel. Kein Witz: Einige erkundigten sich, ob es am Stand auch Bratwürstchen geben würde. ✖

Enttäuscht, dass nur Infomaterial verteilt wurde, zog die Zielgruppe der Aktion wieder ab. War wohl nichts...

Was lernen wir daraus? Wenn der deutsche Michel, auch Schlafmichel genannt, von der Polizei dabei erwischt wird, den Corona-Mindestabstand zu seinen Mitbürgern nicht eingehalten zu haben, dann setzt es ein Bußgeld von 150 Euro oder mehr. In der Friedrich-Wöhler-Siedlung in Kassel hingegen, da werden Infoblätter verteilt.

Der einzige Trost ist, dass es zu den Infoblättern nicht auch noch kostenlose Bratwürstchen gibt. Aber das kann ja noch kommen...



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die

chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*